

Pressemitteilung

16. September 2020

EU-Bildungsminister beraten in Osnabrück über berufliche Bildung Mehr Europa wagen: BvLB begrüßt Impulse zur engeren Zusammenarbeit der Berufsbildner

Die Bildungsminister*innen der EU-Mitgliedstaaten beraten ab heute unter Vorsitz von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek bei einem zweitägigen informellen Austausch in Osnabrück über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die berufliche Bildung. Dabei steht die gewonnene Erkenntnis, die Digitalisierung und Nachhaltigkeit voranzutreiben, um digitale Teilhabe und Lernmobilität europaweit anzugleichen sowie Lehrer für digitalen Unterricht verstärkt zu qualifizieren, im Fokus. Gerade mit Blick auf die gewandelten Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt in Folge der digitalen Transformation muss die berufliche Bildung grenzüberschreitend modernisiert und die Zusammenarbeit der EU-Staaten vertieft werden.

„Die Zeit ist reif, auch in der Bildungspolitik mehr Europa zu wagen, Standards anzupassen und den Austausch zu intensivieren, um die beruflichen Chancen zu erhöhen und nachhaltig Arbeitsplätze zu sichern. Hier spielt die Digitalisierung eine entscheidende Rolle. Als Berufsbildner beteiligen wir uns seit Jahren intensiv daran, Ausbildungsinhalte über Ländergrenzen hinweg zu verzahnen, um die berufliche Bildung als Eckpfeiler des europäischen Bildungsraums weiter zu stärken“, sagt Stefan Nowatschin, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) und hier für internationale Angelegenheiten zuständig.

Erklärtes Ziel der EU-Bildungsminister*innen ist es, die gemeinsame Bildungspolitik zu stärken, um höhere Beschäftigungsfähigkeit, eine exzellente Berufsbildung auf Hochschulniveau und damit eine Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung sowie eine bessere Durchlässigkeit von der akademischen in die berufliche Bildung zu ermöglichen. Die berufliche Bildung soll jungen Menschen und Erwachsenen durch Ausbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen berufliche Perspektiven eröffnen und sie auf die Arbeitsplätze der Zukunft vorbereiten. Im Dialog mit den Sozialpartnern sollen die Ziele klar definiert werden und in die „Osnabrücker Erklärung“ einfließen, die dann Ende November verabschiedet werden soll und die Basis für das weitere Handeln bildet.

Die duale Ausbildung in Deutschland schneidet im internationalen Vergleich gut ab. Das hat gerade erst die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ attestiert. „Europaweit beneidet man uns um unser berufliches Bildungssystem, das vor allem von der engen Zusammenarbeit mit den Betrieben lebt“, sagt Joachim Maiß, BvLB-Vorsitzender, und verweist darauf, dass die berufliche Bildung eine Schlüsselrolle nach der Corona bedingten Wirtschaftsflaute spielen werde.

„Wir begrüßen den Vorstoß den EU-Bildungspolitikern ausdrücklich, gemeinsam voranzuschreiten. Allerdings muss das auch im Alltag ankommen. Solange der Zugang beispielsweise zu den Erasmus-Programmen für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die ja einen interkulturellen Dialog und Wissenstransfer beleben sollen, durch hohe bürokratische Hürden weitestgehend verbaut ist, ist ein

Miteinander über Ländergrenzen hinweg leider dann doch kein gelebter Alltag, sondern eher Wunschdenken. Pragmatismus wäre an dieser Stelle die bessere Wahl“, sagt Eugen Straubinger, ebenfalls BvLB-Vorsitzender.

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.